

5 Rahmenanalyse der Gelegenheitsstrukturen

Unter Gelegenheitsstrukturen werden die Bedingungen verstanden, unter denen soziale Bewegungen agieren (vgl. Kitschelt 1986: 58). Sie umfassen sowohl politische als auch diskursive Aspekte. *Politische* Gelegenheitsstrukturen beziehen sich, wie oben beschrieben, sowohl auf die Konfiguration des Parteiensystems als auch auf die Möglichkeit, Kontakte in der parlamentarischen Sphäre zu knüpfen. Beispielsweise öffnet die Präsenz einer grünen Partei im Parlament politische Gelegenheitsstrukturen für Umweltbewegungen. *Diskursive* Gelegenheitsstrukturen hingegen betreffen die Wahrnehmung der Bewegungsforderungen durch die Bevölkerung und die Medien; beispielsweise, für wie gerechtfertigt die Bevölkerung politische Forderungen von Bewegungen halten. Dies hängt wiederum unter anderem von der Medienberichterstattung über Bewegungen und deren Anliegen ab. So haben medial kaum beachtete Proteste es schwer, politischen Druck aufzubauen und Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Bewegungen, über die mehrheitlich negativ berichtet wird, erlangen zwar erhöhte Sichtbarkeit, jedoch keine Zustimmung für ihr politisches Projekt (vgl. Koopmans/Olzak 2004: 202).

Beide Arten von Gelegenheitsstrukturen – die politischen und die diskursiven – beeinflussen wiederum die Ressourcen, Aktionsformen und Deutungsmuster von Bewegungen, weshalb im Folgenden die Rahmenbedingungen und Entwicklungsoptionen der Post-Corona-Proteste insgesamt genauer untersucht werden sollen. Hierzu wird die vorliegende wissenschaftliche Literatur zu Reaktionen auf die bundesdeutsche Anti-Corona-Bewegung während des Pandemiegeschehens

ausgewertet. Dabei sind zwei Fragen zentral: Wie standen beziehungsweise stehen die allgemeinen Chancen der Anti- beziehungsweise Post-Corona-Bewegung, mit politischen Entscheidungsträger:innen oder Parteien Allianzen zu bilden? Und: Wie legitim und realistisch erschienen die Forderungen der Bewegung den Medien und der Bevölkerung?

Politische Gelegenheitsstrukturen

Die politischen Gelegenheitsstrukturen für Querdenken und andere Anti-Corona-Proteste waren und sind weitgehend geschlossen. Heinze und Weisskircher beschreiben Querdenken als Paria-Bewegung, die sich außerhalb der Grenzen des politisch Akzeptierten bewegt (vgl. 2023: 564). Weder die Regierungs- noch die meisten Oppositionsparteien – mit Ausnahme der AfD – kamen als Kooperationspartnerinnen für ihre Anliegen infrage. Die Zustimmung der Opposition zum Regierungshandeln war – besonders in der Frühphase der Pandemie – größtenteils hoch: »All opposition parties acted more positively towards the government when the situation was deteriorating rapidly on March 25 [2020]. On that day, all parties except the AfD emphasised the constructive collaboration between government and opposition« (Louwerse et al. 2021: 1037).

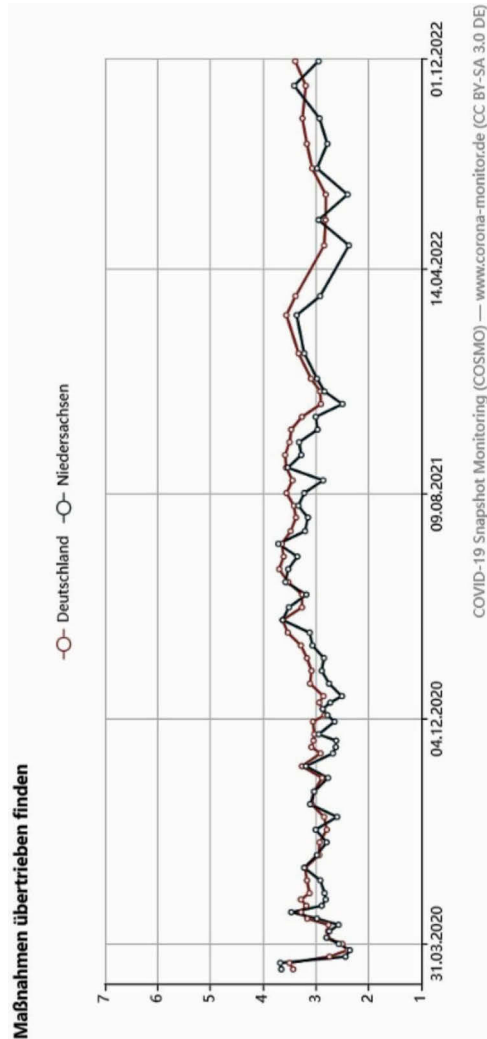
Zu einem Austausch zwischen parlamentarischer Opposition und außerparlamentarischen Protesten gegen die Coronamaßnahmen kam es kaum. Die Bildung politischer Allianzen mit Parteien wurde sowohl durch fehlende inhaltliche Überschneidungen als auch insbesondere durch die mangelnde Abgrenzung der Anti-Corona-Proteste von rechten Gruppen blockiert (vgl. zum Beispiel Die Linke 2022). Dennoch wurde die Anti-Corona-Bewegung durchaus wahr- und ernst genommen. Die politischen Reaktionen gegenüber der Bewegung fielen jedoch distanziert aus und reichten von der ritualhaften, folgenlosen Betonung, dass Sorgen und Ängste der Demonstrierenden ernst genommen werden müssten, bis zu Forderungen nach Verboten der Proteste – besonders wegen wiederholter Verstöße gegen Demonstrationsauflagen zum Gesundheitsschutz, Ausschreitungen sowie zunehmender Radi-

kalisierung der Protestgruppen im Verlauf der Pandemie (vgl. Heinze/Weisskircher 2023: 574–575).

Insgesamt waren die Forderungen der Querdenken-Bewegung, die Corona-Maßnahmen zu lockern oder sogar aufzugeben, schwer mit der von der Öffentlichkeit überwiegend positiv bewerteten Krisenpolitik zu vereinbaren. Insbesondere zu Beginn der Pandemie stieg die Unterstützung der Regierungspolitik seitens der Bevölkerung sprunghaft an (vgl. Dietz et al. 2023: 651–652). Dies galt auch für Niedersachsen: So zeigt etwa der »Niedersächsische Demokratie-Monitor 2021« (vgl. Schenke et al. 2021), dass zwar lediglich etwa die Hälfte der Befragten mit der Corona-Politik der Bundes- beziehungsweise Landesregierung zufrieden waren, doch hinter den Unzufriedenheiten keine thematische Polarisierung, sondern unterschiedliche Motive standen. Bloß 16 Prozent der Befragten plädierten eher oder ganz dafür, bei der Bekämpfung der Pandemie statt auf staatliche Vorgaben auf die Eigenverantwortung der Menschen zu setzen; lediglich 5 Prozent der Befragten hatten Vorbehalte gegenüber den Impfangeboten gegen das Virus (vgl. ebd.: 42).¹ Ein Großteil der niedersächsischen Bevölkerung hielt die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung für notwendig; gleichwohl gab es eine »engagierte Minderheit« (Franzmann 2022: 6), die sich in Protestgruppen organisierte und mit ihren Aktivitäten die allgemeine Zufriedenheit mit der Corona-Politik aufzubrechen versuchte. Eine Studienreihe zu Wissen, Risikowahrnehmung, Schutzverhalten und Vertrauen während der Covid-19-Pandemie ermittelte – sowohl bundesweit als auch in Niedersachsen – ebenfalls eher geringe Zustimmung auf die Frage, ob die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus übertrieben gewesen seien (siehe Abb. 3).

1 In einer bundesländervergleichenden Auswertung der Universität Kassel lag Niedersachsen mit einem Wert von 12 Prozent an Impfunwilligen im mittleren Bereich (vgl. Groh et al. 2021: 2).

Abbildung 3: Zustimmung zur Frage: »Ich finde die Maßnahmen, die derzeit ergriffen werden, stark übertrieben«, bundesweit und in Niedersachsen



Quelle: Daten und Darstellung nach Betsch et al. 2022, COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO)

Eine Ausnahme von den geschlossenen politischen Gelegenheitsstrukturen während und nach der Pandemie bildete die AfD.² Nach kurzer anfänglicher Unterstützung der Anti-Corona-Maßnahmen der Regierung vollzog die Partei infolge innerparteilicher Konflikte alsbald eine Kehrtwende und kritisierte diese ab Mai 2020 (vgl. Lehmann/Zehnter 2024: 1116–1117). In der Folge agierte die AfD in Teilen als Protestakteurin. AfD-Politiker:innen riefen zur Teilnahme an Protesten auf, beteiligten sich teilweise selbst daran – auch als Gastredner:innen – oder bekundeten ihre Sympathie, etwa indem sie im Bundestag mit »Querdenken«-T-Shirts auftraten. Insoweit bot sich die AfD in programmatischer und strategischer Hinsicht durchaus als parteipolitische und parlamentarische Repräsentantin der Querdenken-Proteste an (vgl. Hentges/Wiegel 2021).

Dennoch fand sich innerhalb der AfD für diesen Kurs keine einheitliche Unterstützung. Während insbesondere die fundamentaloppositionellen Strömungen den Schulterchluss mit den Anti-Covid-Bewegungen suchten, distanzieren sich damals noch organisationsstärkere, realpolitisch orientierte Teile der Partei von den Protesten (vgl. Lewandowsky/Leonhardt/Blätte 2022: 238–240). Teile der Parteispitze sprachen sich offiziell gegen eine Kooperation mit Querdenken aus, was wiederum innerparteiliche Auseinandersetzungen hervorrief (vgl. Heinze/Weisskircher 2023: 578, 580). Heinze und Weisskircher (2023: 578) verweisen sowohl auf Kooperationen als auch auf Ablehnung der Proteste seitens der Partei: Die AfD habe auf verschiedenen Wegen mit der Querdenken-Bewegung zusammengearbeitet. Einige Parteimitglieder hätten zur Teilnahme an Querdenken-Demonstrationen aufgerufen und selbst daran teilgenommen. AfD-Abgeordnete wie Stephan Brandner oder Karsten Hilse hätten sogar als Gastredner fungiert. Die AfD habe sich öffentlich gegen geplante Verbote von Demonstrationen und Einschränkungen der Versammlungsfreiheit positioniert. Im November 2020 hätten einige Abgeordnete Querdenken-Aktivist:innen in den Bundestag eingeladen, wo diese Abgeordnete anderer Parteien belästigt

2 Zur Verbindung zwischen Querdenken und der parlamentarisch nicht repräsentierten Kleinstpartei DieBasis in Niedersachsen vgl. Biediger/Helmer 2025.

hätten. Gesten wie etwa das Tragen eines Querdenken-Shirts durch Karsten Hilse würden ebenfalls die kooperative Haltung widerspiegeln. Allerdings habe es innerhalb der AfD auch Widerstand gegen diese Kooperation gegeben; Co-Sprecher Jörg Meuthen habe solche »Bewegungspartei«-Strategien abgelehnt und zunehmend an Unterstützung verloren.

Elektoral konnte die AfD von ihrer radikalen Opposition zur Corona-Politik der Bundesregierung aufgrund der politischen Spaltung ihrer Wählerschaft nicht klar profitieren (vgl. Bayerlein/Metten 2022). Die protestpolitische Kooperation mit Querdenken rückte die AfD weiter ins politische Abseits, ohne dass die Partei einen Zugewinn an Wahlstimmen verzeichnen konnte. Auch innerhalb des Bundestages waren die Auswirkungen für die AfD vor allem negativ:

»This behaviour alone [cooperation with Querdenken and adopting their demands] has further increased the hostility between AfD and its competitors, boosting polarisation in the Bundestag. Mainstream parties could now refer to AfD support for Querdenken to argue why they did not consider the AfD as a legitimate political actor.« (Heinze/Weisskircher 2023: 580)

Querdenken fand demnach in Teilen der AfD zwar grundsätzlich eine politische Verbündete, die parlamentarisch für ähnliche Anliegen kämpfte, was die politische Gelegenheitsstruktur der Bewegung eigentlich hätte öffnen sollen. Dennoch bildeten die AfD und Querdenken allenfalls eine Koalition politischer Paria ohne konstruktive politische Handlungsoption. Die Koalition wäre also »beyond the pale of political acceptability« (Downs 2012: 14, zitiert nach Heinze/Weisskircher 2023: 564) zu verorten. Durch die Interaktion mit der – in der Corona-Frage selbst gespaltenen und widersprüchlich agierenden – AfD konnte die Anti-Corona-Bewegung vor diesem Hintergrund keine wesentliche Verbesserung ihrer Situation erzielen. Dies spricht wiederum dafür, dass die politische Gelegenheitsstruktur für Querdenken insgesamt geschlossen war und ist.

In Niedersachsen blieb die Beziehung zwischen Querdenken-Gruppen und AfD – bis heute – ambivalent. So fielen die protestpolitischen Offerten der – damals durch interne Konflikte organisatorisch gelähmten – AfD in Niedersachsen an die hiesige Querdenken-Bewegung in der Hochphase der Pandemie vergleichsweise verhalten aus (vgl. Finkbeiner 2021: 57–58). Eine Analyse von Biediger und Helmer der *Telegram*-Kommunikation des Querdenken-Netzwerks in Niedersachsen zeigt zwar eine leichte Zunahme sowohl der generellen als auch der positiven Bezugnahmen der Anti-Corona-Proteste auf Repräsentationsangebote der AfD im Zeitraum zwischen 2021 und 2023; diese spielen sich aber auf so niedrigem Niveau ab, dass sich eine »Institutionalisierung im Vorfeldnetzwerk« der AfD allenfalls in Ansätzen konstatieren lässt (vgl. 2025: 73). Auch in unseren Beobachtungen und Daten finden sich kaum offene Bezugnahmen auf die AfD im Allgemeinen sowie ihren niedersächsischen Landesverband im Besonderen. Damit weichen unsere Ergebnisse von der zeitlich breiter angelegten Analyse von Helmer, Buro und Jaensch (i.E.) ab, die zwischen 2022 und 2024 in der digitalen Kommunikation der Bewegung zu verschiedenen Landtagswahlen zahlreiche Bezugnahmen auf die AfD finden konnten.

Diskursive Gelegenheitsstrukturen

Die diskursive Gelegenheitsstrukturen der Anti-Corona-Bewegung waren und sind ebenfalls als eher geschlossen zu bewerten. An Berichterstattungen über die Coronapandemie und die Proteste gegen die Anti-Covid-Politik hat es grundsätzlich zwar nicht gemangelt; zahlreiche große Tageszeitungen, etwa die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die *Süddeutsche Zeitung* oder die *tageszeitung* führen beispielsweise nach wie vor (Stand: Juli 2025) eigene Themenseiten zu Anti-/Post-Corona-Protesten beziehungsweise Querdenken. Eine zentrale Komponente der diskursiven Gelegenheitsstruktur – massenmediale Sichtbarkeit (vgl. Koopmans/Olzak 2004: 203) – war für die Proteste während ihrer Hochzeit also gegeben. Auch Politiker:innen sahen grundsätzlich eine

Notwendigkeit, auf die Proteste zu reagieren (vgl. Heinze/Weisskircher 2023: 578).

Neben der allgemeinen Sichtbarkeit sind allerdings auch die Resonanz auf die Berichterstattung sowie die Anerkennung der Legitimität der Bewegungsforderungen für diskursive Gelegenheitsstrukturen relevant. Anliegen können positiv (Konsonanz) oder negativ (Dissonanz) aufgenommen werden (vgl. Koopmans/Olzak 2004: 203–204). Für Bewegungen kann sowohl positive als auch negative Resonanz vorteilhaft sein (vgl. ebd.: 204–205) – auch negative Berichterstattung kann Aufmerksamkeit für die Bewegungsanliegen generieren.

Die öffentliche Resonanz gegenüber Querdenken sowie deren Forderungen, die sich gegen Coronamaßnahmen richteten, fiel überwiegend negativ aus. Dies zeigt sich prägnant in den Reaktionen auf die Kampagne »#allesdichtmachen«, an der im April 2021 über fünfzig Schauspieler:innen teilnahmen. Diese äußerten in Videos, teils ironisch, Kritik an den Coronamaßnahmen und der Medienberichterstattung (vgl. Kern et al. 2023: 17). Die Kampagne erntete teils heftige Kritik und avancierte zum Skandal, da ihr vorgeworfen wurde, das Leid der Erkrankten, Verstorbenen und deren Angehöriger zu übersehen und zu bagatellisieren.³ Infolgedessen zogen rund zwanzig Beteiligte ihre Videos wieder zurück und distanzieren sich teilweise proaktiv von der – medial unterstellten – Nähe zu Querdenken (vgl. Britzelmeier 2021).

Diese Interaktion veranschaulicht, wenn auch anekdotisch, die typischen Resonanzmuster gegenüber Forderungen, die im Querdenken-nahen Bereich verortet wurden, selbst wenn diese von (beliebten) Prominenten stammten. Die Resonanz auf die Aktion war zwar groß, aber weitestgehend negativ (vgl. Kern et al. 2023: 17). Politik, Medien und zivilgesellschaftliche Akteure unterstützten Querdenken insgesamt nicht (vgl. Sievi/Vondermaßen 2020).

3 Prominente Unterstützer:innen der Bewegung, wie etwa Michael Wendler oder Xavier Naidoo, sind aufgrund ihrer Äußerungen öffentlich in die Kritik geraten und haben teils Einnahmequellen verloren, wie zum Beispiel die Mitwirkung an Fernsehformaten (vgl. Baier/Hermann 2022; Leber 2023).

Auch in der Wissenschaft etablierten sich erst deutlich später dezidiert kritische Perspektiven auf die von der Bundesrepublik betriebene Anti-Corona-Politik (vgl. zum Beispiel Wolf 2022; Ryan/Nanda 2022). Vor diesem Hintergrund misslang es der Bewegung, eine wirksame intellektuelle oder zivilgesellschaftliche Allianz zu bilden, die ihren Perspektiven breitere öffentliche Anerkennung verschafft hätte (vgl. Kern et al. 2023: 17). Auch massenmedial wurde über Querdenken und andere Anti-Corona-Proteste vor allem kritisch berichtet. Grande et al. (2021) beschrieben die Elitenkommunikation wie folgt:

»Nach vorherrschender Meinung handelte es sich bei den Demonstrierenden um eine kleine radikale Minderheit. Die Süddeutsche Zeitung (07.09.2020) beschrieb die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der ›Querdenken‹-Demonstrationen als ›eine Mischung aus Corona-Zweiflern, Verschwörungsideologen, Reichsbürgern und Rechts-extremen‹. Auch in der Bevölkerung schien dieser Protest nur wenig Verständnis zu finden.« (2021: 2)

Mit dieser generellen Beschreibung der Berichterstattung übereinstimmend, fanden Kern et al. in einer quantitativen Textanalyse von Artikeln der *Süddeutschen Zeitung*, dass Querdenken und ähnliche Anti-Corona-Proteste vornehmlich als Bedrohung für die Demokratie charakterisiert wurden:

»Statements and claims from representatives of the movement are reported in ways showing that Querdenken disagrees with scientific evidence and facts. The movement's claims are characterized as, for example, ›demonstrably false‹ or ›at least deceptive from a scientific point of view,‹ leading to an overall evaluation of its claims as a mixture of rumors, pure fiction, and conspiracy theories that deviate from scientific consensus« (2023: 23)

Die Forderungen von Querdenken und ähnlichen Gruppen lagen somit außerhalb des gesellschaftlichen Konsenses, und in der Berichterstattung wurden sie kaum wiederholt. Trotz hoher Mobilisierung fanden die Krisendefinitionen und Lösungsvorschläge von Querdenken keinen

Eingang in die breite Öffentlichkeit. Die Bewegung wurde als peripheres Problem behandelt, das kaum Auswirkungen auf andere Bereiche hatte (vgl. Kern et al. 2023: 24).

Eine weitere Komponente der diskursiven Gelegenheitsstrukturen ist die Haltung der Bevölkerung gegenüber der Bewegung – etwa in welchem Maß die Forderungen als legitim bewertet werden. Letzteres definieren Koopmans und Olzak als »reactions by third actors in the public sphere, support[ing] an actor's claims more than they reject them« (2004: 205). Eine solche Reaktion war in der Breite der Bevölkerung kaum zu finden. Die Maßnahmen, gegen welche sich die Proteste richteten, wurden zudem politisch verhandelt und rechtlich auf ihre Zulässigkeit geprüft (vgl. Mullis 2020: 531; Bundesverfassungsgericht 2021). Diese staatlichen Verhandlungen und die Zustimmung zur Notwendigkeit der Maßnahmen könnten die Wahrnehmung der Legitimität der Proteste weiter negativ beeinflusst haben. Die Bezeichnung von Demonstrierenden, Ungeimpften und Maskengegner:innen als »Covidioten« (Grande et al. 2021) verdeutlicht die offen ablehnende Haltung in Teilen der Bevölkerung. So gaben »rund drei Viertel der Befragten an, dass sie ›sicher nicht‹ [an Demonstrationen gegen die Maßnahmen] teilnehmen würden[,] und zwei Drittel hatten ›gar kein‹ Verständnis für die Corona-Demonstrationen« (ebd.: 8).

Diese Ablehnung findet sich auch und besonders in Niedersachsen: Hiesige politische Einstellungen zur Pandemie wurden vom »Niedersächsischen Demokratie-Monitor (NDM) 2021« untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass eine deutliche Mehrheit der niedersächsischen Bevölkerung in der Coronapandemie ein ernst zu nehmendes Gesundheitsrisiko sah und die Eindämmungspolitik – trotz einer intensiven Wahrnehmung der Einschränkungen persönlicher Freiheit und Lebensqualität – befürwortete (vgl. Schenke et al. 2021: 43). Anknüpfungspunkte für eine Mobilisierung der Querdenken-Bewegung waren damit grundsätzlich kaum vorhanden. Bestehende Unzufriedenheiten mit der Corona-Politik verwiesen indes eher auf unterschiedliche Perspektiven und Motive als auf scharfe Polarisierung, da eine große Mehrheit der Befragten die Pandemie als drastische Gefahr erachtete und staatliche Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung sowie das Instrument der Schutzimpfung grundsätzlich

lich guthieß (vgl. ebd.: 42). Ansatzpunkte für eine politische Mobilisierung gegen Coronamaßnahmen bildeten in dieser Erhebung allenfalls die große Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt (insgesamt 71 Prozent) sowie die ausgeprägte Verbindung von Unzufriedenheiten mit der Demokratie im Allgemeinen und der Corona-Politik, die bei etwa 20 Prozent der Befragten festgestellt wurden (vgl. ebd.: 45–46).

Insgesamt bleibt festzuhalten: Die Querdenkenbewegung konnte bundesweit keine breitere Unterstützung oder gar Mehrheit innerhalb der Bevölkerung für sich gewinnen. Die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wurden zwar von Menschen vielfach als Zumutung empfunden, polarisierten jedoch nicht so stark, dass die Querdenken-Forderungen in der breiten Bevölkerung legitimiert wurden (vgl. Beckmann/Schönauer 2021: 9–10).⁴ So bezeichnen Beckmann und Schönauer die Annahme, Querdenken habe zu Hochzeiten großen gesellschaftlichen Rückhalt besessen, als »Trugschluss«: Es sei falsch, »von der sozialstrukturellen Heterogenität der Proteste auf eine Diffusion dieser Einstellungen bis in die Mitte der Gesellschaft zu schließen und auf dieser Basis eine grundsätzliche Legitimationskrise der spätmodernen Gesellschaft zu diagnostizieren« (ebd.: 10). Besonders hierin spiegelt sich die weitgehende Geschlossenheit der diskursiven Gelegenheitsstrukturen.

4 Beckmann und Schönauer betonen, diese Befunde bedeuten keineswegs, dass die Pandemie »nicht sozioökonomische Spaltungen verschärfen und hierdurch auch soziale Konflikte provozieren kann. [...] Jedoch zeigen unsere Befunde weder, dass ressourcenschwächere Milieus hierauf mit einer Ablehnung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung reagieren, noch, dass die Querdenken-Demonstrationen ein geeigneter Indikator für ein in der Bevölkerung grassierendes Unbehagen mit der Corona-Politik darstellen« (2021: 10).

Zwischenfazit

Selbst in der Hochphase der Bewegung⁵ waren die Gelegenheitsstrukturen weitestgehend geschlossen. Diskursiv waren Kritik und Forderungen der Anti-Corona-Proteste medial zwar sehr sichtbar, die Berichterstattung aber überwiegend negativ. Die Anliegen der Bewegung wurden durch die Leitmedien und Meinungsführer:innen weder effektiv reproduziert noch legitimiert. Politisch wiederum gelang es den Anti-Corona-Protesten nicht, effektive politische Bündnisse oder gar Mehrheitspositionen zu erreichen. Zwar boten sich Teile der AfD als Unterstützer der Bewegung an, doch auch die AfD agierte, wie bereits ausgeführt wurde, als Paria-Partei außerhalb des demokratischen Konsenses im Parlament.

Die geringen politischen und diskursiven Potenziale, kombiniert mit der breiten und intensiven Ablehnung von Forderungen der Bewegung sowie der Ächtung ihrer Akteure hatten zwei Auswirkungen: Erstens war die Unterstützung der Forderungen und Akteure der Anti-Corona-Proteste für Dritte notorisch unattraktiv; zweitens wurde die Herausbildung einer in sich geschlossenen Gegenkultur und -bewegung forciert. Die Umstände und Erfahrungen der Gründungszeit der Corona-Proteste prägten die Gruppen und ihre Mitglieder stark – dazu zählen besonders Konfrontationen mit der Polizei sowie mit Gegenprotesten. Dabei waren es die im Fall von Querdenken ausgeprägten äußeren Ablehnungs- und Abwendungsprozesse, welche die Herausbildung und Stabilisierung der kollektiven Identität und inneren Kohäsion der Bewegung bestärkt haben.

Diese Situation scheint sich aus der Warte der Anti-Covid-Proteste mit dem Ende der Pandemie und dem Abflauen der Proteste weiter

5 Die hier besprochene Literatur bezieht sich vornehmlich auf die Hochphase der Anti-Corona-Bewegung. Das abgeflaute wissenschaftliche Interesse seit dem Ende der Coronamaßnahmen hinterließ eine Forschungslücke hinsichtlich der Entwicklung der Querdenkenbewegung, die wir nicht vollends schließen können.

verschärft zu haben: Denn einerseits haben die Bewegung und ihre Forderungen mit der Aufhebung der letzten Corona-Schutzmaßnahmen im Frühjahr 2023 deutlich an öffentlicher Sichtbarkeit und Relevanz verloren, da das Konfliktpotenzial insbesondere von Freiheitsbeschränkungen seine Aktualität und Brisanz einbüßte (vgl. Heinze/Weisskircher 2023: 578). Andererseits setzt sich die während der Pandemie geprägte negative Sichtweise auf die verbliebene Bewegung bei gesunkener Relevanz und Sichtbarkeit fort. Wenn Anti- beziehungsweise Post-Corona-Proteste überhaupt noch politisch oder medial wahrgenommen werden, dann zumeist aus problematisierenden Perspektiven, in denen insbesondere die Offenheit gegenüber rechtsradikalen oder verschwörungstheoretischen Ideologien und Akteuren im Zentrum steht. Aus dieser Warte erscheint die Gelegenheitsstruktur aktueller Post-Corona-Proteste – quantitativ wie qualitativ – in doppelter Weise geschlossen.

Ob und wie die Bewegung in Niedersachsen mit Blick auf Ressourcen, Aktionsformen und Deutungsmuster auf diese Ausgangslage reagiert, ist Gegenstand der folgenden Binnenanalyse.